

Beschlussprotokoll Parteitag 23./24. Oktober 2004

Ordentlicher Parteitag in Naters/Brig 23./24. Oktober 2004, Zentrum Missionne, Beginn 12.30 Uhr

Vorsitz: Hans-Jürg Fehr
Protokoll: Ruth Straubhaar
Anwesend: Delegierte 439

Anmerkung der Protokollführerin:
Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen am ordentlichen Parteitag wurden vollumfänglich auf Tonträger aufgenommen und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

- 1.1 *Hans-Jürg Fehr* eröffnet den ordentlichen Parteitag, begrüsst die anwesenden Delegierten und Gäste und dankt der SP Oberwallis für den freundlichen Empfang
- 1.2 *Carlo Schmidhalter*, Präsident der SP Oberwallis, weist in seiner Begrüssungsansprache insbesondere darauf hin, dass in Leuk, Visperterminen und Täsch die Gemeindepräsidien durch SP-Leute besetzt sind. Im Kantonsparlament ist die SP in Fraktionsstärke vertreten. Die SP Oberwallis dankt der SP Schweiz, dass sie den ordentlichen Partei in einer Randregion durchführt.

Thomas Burgener, als Mitglied des Walliser Staatsrat, freut sich auf einen spannenden Parteitag. Ein Blick auf die Astimmungen im laufenden Jahr zeigt, dass die Positionen der SP Schweiz mit denen des Wallis und auch seiner Regierung in wichtigen Punkten übereinstimmen.

Edtih Nanzer-Hutter, Gemeindepräsidentin von Naters, wünscht der SP Schweiz Namens des Gemeinderates einen erfolgreichen Kongress.

- 1.3 Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss:

Es werden folgende StimmzählerInnen und deren StellvertreterInnen gewählt:

- Sektor 1: Rolf Baumann, (Emil Frischknecht)
- Sektor 2: Rober Märchy, (Markus Späth)
- Sektor 3: Käthy Macina, (Käthy Siegrist)
- Sektor 4: Pia Geinoz, (Gérard Saudan)
- Sektor 5: Gérard Chappuis, (Werner Blum)
- Sektor 6: Martin Reichlin, (Herbert Enz)
- Sektor 7: Emilie Moeschler, (Michael Kiener)
- Sektor 8: Christine Pinz, (Martin Schaller)
- Sektor 9: Fritz Schenk, (Roger Schweizer)
- Sektor 10: Jürg Jucker, (Jeannette Jucker)
- Sektor 11: Larissa Birrer, (Urs Binder)
- Sektor 12: Johannes Pfenninger, (Arne Hegland)
- Sektor 13: Stefan Furger (Heinz, Hintermann)
- Sektor 14: Elsbeth Kaufmann (Heini Schöni)
- Sektor 15: Mario Stübi (Fabian Müller)

1.4 Wahl Mandatsprüfungskommission

Beschluss:

Leni Siegfried und Patrick Fehlmann werden stillschweigend gewählt.

1.5 Wahl PräsidentIn des Wahlbüros

Beschluss:

Norbert Riesen, Mitglied FiKo SP Schweiz wird stillschweigend gewählt.

2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

2.1 Genehmigung der Geschäftsordnung und des darin integrierten Wahlreglementes

Beschluss: Wird stillschweigend genehmigt.

2.2 Genehmigung der Traktandenliste / Vorgesehene Rede MCR nach Trak

Beschluss: Wird mit der Änderung, dass der Schwerpunkt 1 „Europa“ mit der Rede von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey abgeschlossen wird, genehmigt.

3. Protokoll

3.1 Genehmigung des Protokolls des a.o. Parteitages in Basel

Beschluss: Wird mit bestem Dank an Ruth Straubhaar genehmigt.

4. Berichte

4.1 Geschäftsberichte 2002/2003

Beschluss: Die Geschäftsberichte für die Jahre 2002 und 2003 werden genehmigt.

4.2 Anträge und Aufträge Delegiertenversammlungen / Parteitage SP Schweiz 2002-2004: Berichterstattung und Kenntnisnahme

In der Zusammenstellung fehlt der Antrag „Zum Fundraising“ verschiedener Kantonalparteien (DV Wettingen). Dazu wurde, gemäss Beschluss der DV Wettingen, eine Arbeitsgruppe eingesetzt die an der Arbeit ist.

Beschluss: Wird wie vorliegend genehmigt.

5. Rede Hans-Jürg Fehr

Das Referat kann unter www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

7. Schwerpunkt Europa

7.1 Einführung ins Thema durch Philipp Müller.

Der Titel des Positionspapier lautet: *Ja zur Interessenwahrung der Schweiz in Europa: Nach den bilateralen Verträgen II, Beitrittsverhandlungen mit der EU*

7.2 Referat Peter Bodenmann

Das Referat kann unter www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

7.3 Anträge und Resolutionen zum Positionspapier „Europa“

A-0 Sektion Carouge / GE

Antrag:

Die Abstimmung über das Thesenpapier „Ja zur Interessenwahrung der Schweiz in Europa: Nach den bilateralen Verträgen II, Beitrittsverhandlungen mit der EU“ ist auf einen späteren Parteitag zu vertagen der nach dem Inkrafttreten der Verfassung, die für den 1. November 2006 vorgesehen ist, stattfinden wird.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: wird mit grossem Mehr abgelehnt.

A-1 SP Pfäffikon (ZH)

Änderungsantrag zum Vorspann:

„Ohne internationalistische Ausrichtung“ soll ersetzt werden durch „ohne internationale Ausrichtung“.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: wurde zurückgezogen.

A-2 JUSO

Kapitel 1, Ende des ersten Abschnitts:

Den letzten Satz löschen und ersetzen durch: „Gemäss den europäischen Behörden hat das Projekt einer Verfassung zum Ziel, die demokratische Legitimität der Instrumente der Union zu festigen und der zu recht geäusserten Kritik wegen fehlender Demokratie und mangelnder Bürgernähe ein Ende zu setzen.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird stillschweigend angenommen.

A-3 JUSO

Kapitel 1, Ende des ersten Abschnitts:

Am Ende folgenden Satz hinzufügen: „Nun müssen wir aber feststellen, dass dieses Projekt einer Verfassung voll und ganz in die neoliberale Entwicklung der europäischen Union integriert ist, die sie noch zu festigen versucht.“

voll und ganz streichen + noch zu festigen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: wird mit 148:76 Stimmen abgelehnt.

A-4 SP Bern Süd

Anträge zum Thema „Friedens- statt Militärmacht Europa“

Ergänzung des Europapiers im Kapitel „1. Stand der europäischen Integration“ (Seite 2) mit folgendem Schlusssatz: „Gleichzeitig verfolgt die SP Schweiz mit Sorgen die Tendenzen, eine Militärmacht Europa aufzubauen. Europa hat nur als Friedensmacht eine Zukunft!“ Mit der gleichen Stossrichtung seien auch folgende Sätze im Kapitel „4. Europapolitische Perspektiven“ zu ändern:

Ergänzung (neue Punkte *kursiv*) und Änderung der Reihenfolge des Satzes in der unteren Hälfte des 3. Abschnittes (Seite 4): „Von besonderem Interessen sind die Verhandlungsergebnisse in Bezug auf Arbeitnehmerrechte, Zinsniveau, Franken, militärische *Bündnisfreiheit und Neutralität, Menschen- und Bürgerrechte*, Konsumentinnenrechte, Preisniveau und direkte Demokratie.“ „Föderalismus“ ersetzen durch „Regionalpolitik“.

Seite 5: Streichen der letzten drei Sätze „Die Bedeutung (...) auch innovativ.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Zur Prüfung entgegennehmen

Beschluss: wird gemäss Stellungnahme der GL zur Prüfung entgegen genommen.

A-5 SP Jura

Antrag zur Ergänzungen des Positionspapiers

Ja zur Interessenwahrung der Schweiz in Europa: „Nach den bilateralen Verträgen II, Beitrittsverhandlungen mit der EU“ verstehen. Diese beiden Anträge sollen den sieben bereits formulierten Anträgen am Ende dieses Papiers hinzugefügt und ebenfalls dem Parteitag vorgelegt werden. Es handelt sich dabei um folgende Absätze:

Die **SP Schweiz unterstützt die Ausdehnung der Bilateralen Verträge I** – insbesondere das Abkommen zum freien Personenverkehr – auf die neuen Mitgliedländer der Europäischen Union (EU), sofern das Parlament die Begleitmassnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung des Sozialdumpings in einem Ausmass unterstützt, das mindestens dem vom Bundesrat vorgesehenen Rahmen entspricht.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird stillschweigend angenommen.

A-6 SP Bern Süd

Antrag zur Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen EU-Mitglieder in Mittel- und Osteuropa:

A-6.1 Änderung des letzten Satzes in Abschnitt 2 des Kapitels „3. Die SP zu den Bilateralen II“ wie folgt: „Der Erweiterung des Geltungsbereichs des Abkommens über die Personenfreizügigkeit kann die SP Schweiz nur dann zustimmen, wenn die Forderungen der Gewerkschaften nach Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping erfüllt werden.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme im Sinne der Resolution der Sektion Rivedroite-lac (R-1) zum freien Personenverkehr und dem Antrag A-5 Jura

Beschluss: wird stillschweigend angenommen.

A-6.2 Antrag: Streichen des ersten Abschnitts auf Seite 6: „Mit dem am 1. Juni 2004 erfolgten Wegfall des Inländervorrangs auf dem Arbeitsmarkt wird zudem auch allen Schweizerinnen und Schweizern klar werden, dass trotz Personenfreizügigkeit nicht alle ausländischen Arbeitskräfte in die Schweiz strömen“.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung; Gegenantrag GL: Der am 1. Juni 2004 erfolgten Wegfall des Inländervorrangs auf dem Arbeitsmarkt, als Folge der Umsetzung des Bilateralen Vertrages mit der EU zur Personenfreizügigkeit zeigt, dass die Personenfreizügigkeit nicht zu einem massiven und nicht bewältigbaren Zufluss von ausländischen Arbeitskräften aus dem EU-Raum führen wird.

Beschluss: der Antrag Bern-Süd wird angenommen; der Gegenantrag der GL abgelehnt.

A-7 SP Orbe

Antrag zu Kapitel 3 Die SP und die bilateralen Verträge II

Die SP Schweiz unterstützt die bilateralen Verträge II voll und ganz, insbesondere den freien Personenverkehr. Hingegen braucht es den Einsatz rigoroser Begleitmassnahmen (unter anderem einfache Einsetzung von GAVs, vereinfachte Ausdehnung der GAVs, Anstellung einer zusätzlichen Kontrollperson, finanzielle Mittel für diese Kontrollen, höhere Bussen und Gefängnisstrafen), wofür die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften unabdingbar ist. Wir müssen alle Arbeitnehmenden schützen, woher auch immer sie kommen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme im Sinne der Resolution der Sektion Rivedroite-lac (R-1) zum freien Personenverkehr und dem Antrag A-5 Jura

Beschluss: gemäss Stellungnahme der GL angenommen.

A-8 SP Genf und SP Stadt Genf

Der Antrag 1 wird ersetzt durch: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz bekräftigt ihre Absicht, möglichst rasch der Europäischen Union beizutreten.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: der Antrag wurde zurückgezogen.

A-9 SP Genf und SP Stadt Genf

Der Antrag 2 wird geändert, indem am Satzende Folgendes hinzugefügt wird: *..., indem die Notwendigkeit berücksichtigt wird, einen starken Service public aufrechtzuerhalten, und in Übereinstimmung mit den am Parteitag verabschiedeten Thesen über die Gleichstellung und die Umverteilung.*

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: der Antrag wird gemäss Stellungnahme der GL abgelehnt.

A-10 JUSO

Anfügung zu Punkt 4 der abschliessenden Vorschläge:

Hinzufügen am Ende des Abschnitts von: „Die SP Schweiz unterstützt eine verstärkte Zusammenarbeit der europäischen SP mit den Gewerkschaften und den Grünen“.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird stillschweigend angenommen.

A-11 JUSOAnfügung zu Punkt 4 der abschliessenden Vorschläge:

Hinzufügen am Ende des Abschnitts von: „ [...] Die SP Schweiz setzt sich dafür ein, dass die europäische SP verstärkt die Nähe zu ihren Mitgliedern sucht. Sie informiert und organisiert Debatten zu europäischen Aktualitäten und insbesondere zu Themen des europäischen Parlaments.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: wird nicht in den Text integriert, aber als Anregung mitgenommen.

A-12 SP Stadt GenfNeu (weiterer Punkt)

„Die schweizerischen SozialdemokratInnen wollen sich am Kampf der europäischen Linken für einen Umbau bzw. Änderung der Institutionen und Politiken der Europäischen Union beteiligen unabhängig davon, wie sich die BürgerInnen der Mitgliedsländer zur europäischen Verfassung aussprechen.

Die SP fordert alle Kräfte der schweizerischen Linken auf, ihren Einsatz mit der europäischen Linken zu koordinieren.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Zur Prüfung entgegennehmen.

Beschluss: gemäss Stellungnahme der GL angenommen.

A-13 JUSOabschliessende Vorschläge, neuer Vorschlag:

Hinzufügen eines neuen Vorschlags: „Parallel zur Annäherung der Schweiz an die europäische Union verlangt die SP Schweiz vom Bundesrat und den anderen politischen Kräften einen besseren Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter.“

Juso Abänderungsantrag Vorschlag in Text integrieren.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme im Sinne der Resolution der Sektion Rivedroite-lac (R-1) zum freien Personenverkehr und dem Antrag A-5 Jura

Beschluss: dem Abänderungsantrag der Juso wird zugestimmt.

A-14 SP Pfäffikon (ZH)

Neu (weiterer Punkt) : Die SP Schweiz fördert und unterstützt auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene wirksame Massnahmen und nachhaltige Projekte zur interkulturellen Verständigung und Integration.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird stillschweigend angenommen.

A-15 SP Vernier/GEAntrag: Vorschlag neuer Punkt 8 mit folgendem Wortlaut hinzuzufügen:

In Anbetracht von Artikel I - 6 des Verfassungsvertrags, gemäss dem die Verfassung und die Rechtsvorschriften, die von den Institutionen der Union in Ausübung der ihnen übertragenen

Zuständigkeiten erlassen werden, dem Recht der Mitgliedstaaten vorgehen, beantragt die Sektion Vernier, den Vorschlägen des Vorstands einen Punkt 8 hinzuzufügen, mit dem klar gestellt wird, dass Artikel I - 6 des Verfassungsvertrags, der das Ende der direkten Demokratie und der Demokratie bedeuten würde, unter keinen Umständen zugestimmt werden kann.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: wird abgelehnt.

A-16 SP Pfäffikon (ZH)

Korrekturvorschlag zum GL-Antrag 6:

„Nur können“ soll durch „nur so können“ ersetzt werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-17 SP Jura

Die **sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung unternimmt alles, um das Beitritts gesuch der Schweiz zur Europäischen Union zu reaktivieren.** Ab dem Zeitpunkt, da alle parlamentarischen Verfahren und Referendumsmöglichkeiten zu den Bilateralen Verträgen II und zur Ausdehnung der Bilateralen Verträge I auf die neuen Mitgliederländer der EU ausgeschöpft sind, verpflichtet sich die SP Schweiz, nicht mehr auf allfällige Bilaterale Verträge III einzutreten.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Zur Prüfung entgegennehmen

Beschluss: wird mit 165:85 Stimmen zur Prüfung entgegengenommen.

A-18 SP Vernier (GE)

Antrag: zum «Arbeitsmarkt»

Wenn man erreichen möchte, dass das Volk die Idee eines Beitritts akzeptiert, sollten die Unsicherheiten beseitigt werden, die sich im «Arbeitsmarkt» durch die Personenfreizügigkeit ergeben.

Daher müssen die Gesamtarbeitsverträge, die von den zuständigen Gewerkschaften abgeschlossen werden, systematisch für allgemeinverbindlich erklärt werden und somit automatisch für alle betreffenden Unternehmen gelten.

Zudem müssen zwingend im ganzen Land personell angemessen ausgestattete Arbeitssinspektorate geschaffen werden, die diesen Namen auch verdienen und die die Möglichkeit haben, schwere Strafmassnahmen zu verhängen. Diese Inspektorate müssen beauftragt werden, die Einhaltung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu überprüfen, insbesondere in den folgenden Bereichen:

- Gesamtarbeitsverträge
- Löhne
- Gleichstellung von Mann und Frau
- Obligationenrecht
- Arbeitsgesetz
- Soziale Sicherheit
- Sicherheit und Gesundheit

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme im Sinne der Resolution der Sektion Rivedroite-lac (R-1) zum freien Personenverkehr und dem Antrag A-5 Jura

Beschluss: wird im Sinne der Stellungnahme der GL stillschweigend angenommen.

A-19 SP Veyrier/GE

Anträge und Kommentare

Wir haben den Text der *Kommission für Aussen-, Friedens- und Sicherheitspolitik* über die Notwendigkeit der Reaktivierung des Beitrittsesuch der Schweiz zur EU zur Kenntnis genommen.

Dieser Text wirft einige Fragen auf:

- Hat das Schweizer Volk zu Recht oder nicht das Gesetz über die von der EU verlangte Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes (EMG) verworfen?
- Hat das Schweizer Volk zu Recht oder nicht in den Abstimmungen vom 16. Mai 2004 die asoziale 11. AHV-Revision verworfen?
- Hat das Schweizer Volk zu Recht oder nicht am 16. Mai Nein zu einem ungerechten Steuerpaket gesagt und eine rigorose Sparpolitik abgelehnt?
- Hat das Schweizer Volk zu Recht oder nicht alle Massnahmen zur Unterwanderung des Service Public und zum Abbau von sozialen Errungenschaften abgelehnt, die von der bürgerlichen Mehrheit in Übereinstimmung mit den europäischen Liberalisierungsrichtlinien beschlossen worden waren?
- Und hat die Sozialdemokratische Partei zu Recht oder nicht in Kontinuität der Parteitage von Lugano und Zürich zusammen mit dem SGB die Referenden ergriffen, dank denen die bekannten Erfolge errungen werden konnten: Ablehnung des EMG, Verwerfung von „Avanti“ am 8. Februar 2004, die Abstimmung vom 16. Mai 2004?

Der Text stellt die Beitrittsfrage zur EU zu einem Zeitpunkt, da die Europäische Union einen neuen Grundlagentext angenommen hat: die europäische Verfassung.

Während die Ausrichtung der Partei, wie sie an den Parteitagen von Lugano, Zürich und Basel definiert wurde, bekräftigt wird, hat das Volk die gesamte von der politischen Rechten umgesetzte Politik abgelehnt. Während dieser Zeit haben wir uns gegen Bestimmungen für eine Liberalisierung des Service Public ausgesprochen und wir haben das von der EU geforderte Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) abgelehnt.

Wir haben die asoziale 11. AHV-Revision verworfen, während die EU an ihrem Gipfel von Barcelona im Jahr 2002 eine Erhöhung des Rentenalters in allen ihren Ländern gefordert hat.

Sollte nicht erneut betont werden, dass die Schweiz als Nicht-Mitglied der EU die negativen Folgen der Liberalisierung nicht tragen muss?

Hat nicht diese gleiche Überzeugung den SGB veranlasst, anlässlich der Abstimmung zum EMG festzustellen: „Wir müssen unsere öffentliche und sichere Elektrizitätsversorgung beibehalten. Es gibt keinerlei Grund, den Markt vollständig zu öffnen. (...) Die Schweiz ist nicht Mitglied der EU und sieht sich mithin nicht veranlasst, in dieser Frage mehr zu unternehmen.“ (Pressedienst SGB vom 22. April 2002)

Die Abstimmung über das EMG ist in mehrerer Hinsicht exemplarisch: Die Privatisierung dieses Sektors wurde verhindert und zudem konnte die landesweite Versorgung mit Elektrizität gewährleistet werden, was gleichzeitig bedeutet, dass das Schweizer Volk die Souveränität in seinen Entscheiden beibehalten will, da es der Öffnung gegenüber Konkurrenzmärkten einen Riegel schieben konnte. Die Ablehnung des EMG hat den Prozess der Liberalisierung nicht gänzlich gestoppt. Er konnte aber gebremst werden, was zugleich verhinderte, dass er in anderen Bereichen – SBB, Swisscom, Die Post – vollständig zu Ende geführt wurde.

Hat die SP Schweiz nach der Abstimmung vom 16. Mai nicht zu Recht festgehalten:

„Die starke Mobilisierung der Bevölkerung hat der ganzen Rechten eine schwere Niederlage beschert.“ Die Partei hat den Sieg vom 16. Mai als „klare und deutliche Verwerfung der von der SVP der gesamten Rechten aufoktroierten neoliberalen Linie“ bezeichnet. Unser Präsident hält fest: „Entgegen der Meinung aller anderen Bundesratsparteien und trotz den Millionen von economistesuisse hat eine grosse Mehrheit des Stimmvolks das ungerechte Steuerpaket und die asoziale 11. AHV-Revision abgelehnt.“

Die Partei erklärt: „Eine deutliche Mehrheit des Volkes hat Nein zu Steuergeschenken gesagt: Sie will keine weiteren unausgeglichene und, ungerechten Projekte, die Bessergestellte einseitig bevorzugen. Sie hat genug von forcierten Sparprogrammen, vom kontinuierlichen Abbau der Leistungen der öffentlichen Hand und vom steigenden Druck auf die bescheidenen Einkommensklassen des Mittelstandes.“

Ein Mal mehr haben die LohnempfängerInnen der Politik der bürgerlichen Parteien eine Absage erteilt. Es war „eine sanktionierende Abstimmung“, wie Pierre-Yves Maillard, Vizepräsident der SP, betonte. Die Ablehnung des Steuerpaktes stellt auch eine Sanktionierung der Sparpolitik dar, welche die Grundlagen des Sozialstaates in Frage stellt. Diese Politik ist den ArbeitnehmerInnen Europas unter dem Label „Stabilitätspakt“ bekannt, Kernstück des Vertrags von Maastricht. Seit mehr als zehn Jahren versucht die bürgerliche Mehrheit, auf der Basis der Liberalisierungs-Richtlinien der EU ihre neoliberale Politik durchzusetzen.

Haben die Liberalisierungs-Richtlinien der EU dazu beigetragen, die Situation der LohnempfängerInnen und der Bevölkerung in der Schweiz zu verbessern?

Diese Frage lässt sich nur mit Nein beantworten. Folge war einzig, dass die Rechte in der Regierung versucht hat, Privatisierungsgesetze in Bezug auf den Service Public durchzusetzen sowie eine rigorose Sparpolitik, die asoziale AHV-Revision und die Revision der Arbeitslosenversicherung.

Es sei noch einmal betont: Die SP Schweiz hat sich dazu bekannt, den Service Public und den Sozialstaat gegen die Liberalisierungspolitik der EU zu verteidigen, was im Verbund mit dem SGB bei den Volksabstimmungen zu einem deutlichen Sieg geführt und sich auch bei kantonalen und kommunalen Wahlen ausgewirkt hat. Die Bedeutung der demokratischen Rechte. Die Wichtigkeit der demokratischen Rechte und Prärogativen des Parlaments, die Bedeutung des Föderalismus, der Volksrechte samt Gesetzen, Statuten und erworbenen Rechte als Instrumente zur Verteidigung des Sozialstaats muss nicht weiter belegt werden. Die sozialdemokratische Partei hat die Errungenschaften des Sozialstaates stets zu verteidigen gewusst, da sie sich der demokratischen Rechte bedient, mit deren Hilfe sie mit der Unterstützung der Bevölkerung asoziale Gesetze, die vom Parlament angenommen werden, blockieren kann. In anderen europäischen Ländern ist es hingegen zu einer Umsetzung beispielsweise der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes gekommen, zum einen wegen fehlender demokratischer Rechte, wie wir sie in der Schweiz kennen, zum andern aber auch wegen der durch supranationale Abkommen eingeschränkten Souveränität, selbst wenn die Bevölkerung die Liberalisierungspläne ablehnt.

Es ist zweifellos dem Referendumsrecht zu verdanken, dass die vereinte Kampagne der SP Schweiz und des SGB bei den letzten Abstimmungen erneut zu einem Sieg geführt hat.

Wie stünde es mit diesem Recht bei einem Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union angesichts der neuen Europäischen Verfassung?

Wir verstehen nicht, was der Text der aussenpolitischen Kommission dazu sagt: *„Eine EU-Mitgliedschaft bedroht weder die direkte Demokratie noch die Neutralität“.* Es ist falsch zu behaupten, diese *„Grundlagen unseres Staates [würden] nicht in Frage gestellt“.*

Die Realität sieht gänzlich anders aus: Mit der europäischen Verfassung werden die EU-Richtlinien zu „europäischen Gesetzen“, die in den 25 Ländern der Union direkt anwendbar sind. Was wäre die unmittelbare Folge für die Schweiz? Es hiesse das Ende für die direkte Demokratie und für die Vorrechte des Parlaments. Mit anderen Worten hätten die EU-Richtlinien Vorrang vor allen eidgenössischen Gesetzen oder vor anderslautenden Volksentscheiden. Was würde aus der Volkssouveränität?

Die Anträge im Papier der aussenpolitischen Kommission bedeuten eine Infragestellung der Ausrichtung unserer Partei.

Beibehaltung der politischen Linie, wie sie an den Parteitagen von Lugano, Zürich und Basel definiert wurde.

Der Beitritt zur EU zum Zeitpunkt der Annahme der europäischen Verfassung würde die Verpflichtung mit einschliessen, die gesamte Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik, die Sparvorgaben sowie den Abbau des Sozialstaates zu übernehmen.

Gegen die Annahme der europäischen Verfassung, die supranationale Gesetze durchsetzen will und demokratische Prinzipien in Frage stellt.

Verteidigung der Demokratie und der parlamentarischen Vorrechte, deren Schwächung immer auch eine Schwächung der sozialen Rechte und Errungenschaften nach sich zieht.

Die sozialdemokratische Partei soll im Sinne der Kontinuität Massnahmen ergreifen, um den Service Public zu verteidigen, Privatisierungen zu bekämpfen, die demokratischen Rechte zu bewahren und sich nicht den europäischen Liberalisierungs-Richtlinien zu beugen.

Verteidigung der Post, für die Beibehaltung der staatlichen Anteile an Swisscom.
Gegen die Aufhebung des Swisscom-Monopols auf der letzten Meile.

Verteidigung des Sozialstaats, der AHV und der Sozialversicherungen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung:

Beschluss: wird abgelehnt

R-1 SP Genf, Sektion Rive droite Lac Resolution

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz setzt sich für die Verteidigung der Löhne gegen jegliche Form des Sozial- und Lohndumpings ein.

Der freie Personenverkehr – Produkt der bilateralen Abkommen mit der EU – ist am 1. Juni 2004 in eine neue Phase getreten: Aufhebung der Bevorzugung einheimischer Arbeitskräfte und Aufhebung der Kontrollen der Arbeitsbedingungen. Die Gefahr des Dumpings ist real. In wenigen Monaten haben sich die Fälle der – manchmal krassen – Missbräuche vervielfacht, auch in Sektoren mit Gesamtarbeitsvertrag. Um die Lohnkosten massiv zu senken nützen die Arbeitgeber bereits jetzt die Konkurrenz zwischen schweizerischen Arbeitskräften und solchen aus der EU aus.

- Rudolf Gysin, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland und freisinniger Nationalrat, hat bereits mehrere deutsche Stellenvermittlungsagenturen gezählt, die Löhne bis zu 50% unter den ortsüblichen praktizieren, namentlich im Baugewerbe.
- Der SEV weist darauf hin, dass im Bereich der Eisenbahnen, obwohl in der Hand des Bundes und von diesem subventioniert, der freie Personenverkehr zur Folge haben wird, dass EU-Bürger dieselbe Arbeit wie die Schweizer Eisenbahner für einen 30% tieferen Lohn machen werden.
- In den hochqualifizierten Berufen wie der Medizin, den Lehrberufen usw. ist nach den Worten des Bundesrats selbst das Risiko noch grösser.
- Schliesslich wird kein Sektor von dem Druck auf die Löhne verschont bleiben.

Die SP engagiert sich für die Respektierung der ortsüblichen Arbeitsbedingungen, für die strikte Anwendung aller von der schweizerischen Gesetzgebung und den Gesamtarbeitsverträgen vorgesehenen Errungenschaften und Schutzmassnahmen.

Die Begleitmassnahmen zu den bilateralen Abkommen sehen vor, dass tripartite Kommissionen einschreiten, wenn Löhne „missbräuchlich und wiederholt“ unterboten werden. Das ist ungenügend. Für die SP ist **jede** Unterbietung missbräuchlich. Der freie Personenverkehr ist nur denkbar, wenn die in den nationalen Gesetzgebungen festgeschriebenen Garantien und Gebräuche, wie sie in jedem am Abkommen beteiligten Land bestehen, strikte respektiert werden.

- **Die SP Schweiz bekämpft mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln jede Form von Sozial- und Lohndumping. Dazu engagiert sie sich namentlich:**
 - mit Hilfe der Gewerkschaften alle Fälle von Lohn- oder Sozialdumping im Zusammenhang mit dem freien Personenverkehr zu erfassen;
 - die Wirksamkeit der Begleitmassnahmen genau zu messen.
- **Die SP kann die Ausweitung des Abkommens zum freien Personenverkehr auf die zehn neuen EU-Mitgliedsländer nur unter Vorbehalt einer tatsächlichen und effizienten Bekämpfung der Lohnunterbietung akzeptieren.**
- **Jede Stellungnahme der SP bezüglich des freien Personenverkehrs muss sich auf eine objektive und tabulose Evaluation der Wirksamkeit der vorgeschlagenen Massnahmen zur Bekämpfung des Sozial- und Lohndumpings stützen.**
- **Die SP eröffnet dazu intern die Diskussion zu diesen Fragen.**
- **Sie stützt sich ebenfalls auf die Meinung der gewerkschaftlichen Organisationen.**

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: Annahme der Resolution

Schlussabstimmung: Positionspapier *Ja zur Interessenwahrung der Schweiz in Europa: Nach den bilateralen Verträgen II, Beitrittsverhandlungen mit der EU*

Beschluss: Mit grossem Mehr, bei wenigen Gegenstimmungen und einigen Enthaltungen stimmt der Parteitag dem Positionspapier zu.

7 4. Rede Micheline Calmy-Rey, Bundesrätin, Vorsteherin des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten

Das Referat kann unter www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

8. Präsentationen aller MitarbeiterInnen des Zentralsekretariats der SP Schweiz

Alle MitarbeiterInnen des Zentralsekretariats der SP Schweiz werden durch Hans-Jürg Fehr vorgestellt und erhalten als Dankeschön für ihr Wirken eine rote Rose.

9. Mitteilungen

- *Ruedi Winkler*, Präsident des SAH orientiert in einem kurzen Statement über die Arbeiten des SAH.

- *Carlo Sommaruga* übermittelt namens der Partido Socialista del Uruguay eine Grussbotschaft.
- *Andreas Weissen* orientiert über den Ablauf des Abendsprogramms in der Simplonhalle in Brig.

Schluss des ersten Verhandlungstages: 17.30 Uhr

Fortsetzung des Parteitages, Sonntag, 24. Oktober 2004, Beginn 09.00 Uhr

10. Wahlen

10.1 Wahl des Parteipräsidenten

Beschluss: Hans-Jürg Fehr wird einstimmig und mit Akklamation als Präsident wiedergewählt.

10.2 Wahl der zwei VizepräsidentInnen, bzw. der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten

Beschluss: Ursula Wyss und Pierre-Yves Maillard werden einstimmig und mit Akklamation als VizepräsidentInnen wiedergewählt.

10.3 Wahl der drei direkt gewählten Geschäftsleitungsmitglieder

Erster Wahlgang:

Eingegangene Wahlzettel 365: ungültige 2, Gültig 363, absolutes Mehr 182

Resultat / Stimmen

Philipp Müller: 314

Nenad Stojanovic: 262

Barbara Geiser: 172

Viviane Sobotich: 146

Beschluss:

Gewählt sind im ersten Wahlgang: Philipp Müller und Nenad Stojanovic.

Zweiter Wahlgang:

Eingegangene Wahlzettel 377: ungültige 15 Gültig 362 absolutes Mehr 182

Resultat / Stimmen:

Barbara Geiser: 200

Viviane Sobotich 162

Beschluss:

Gewählt im zweiten Wahlgang ist Barbara Geiser.

11. Teilrevision der Statuten

Beschluss: Der Teilrevision der Statuten wird mit grossem Mehr zugestimmt

12. Revision des Parteiprogrammes der SP Schweiz

Antrag der Geschäftsleitung

Das aktuell gültige Parteiprogramm der SP Schweiz ist 1982 verabschiedet worden. Es ist kaum mehr in Gebrauch. Der Ruf nach einem neuen Parteiprogramm ist ebenso unüberhörbar wie berechtigt. Der Parteitag von Basel hat der GL einen entsprechenden Auftrag erteilt. Der Parteitag von Brig soll nun einen konkreten Revisionsplan verabschieden: Bereits der Auftakt zur Programmrevision wird also das beabsichtigte dialogische Verfahren ausdrücken. Dialogisches Verfahren heisst: Die einzelnen Elemente des neuen Programms werden etappenweise von Fachleuten erarbeitet und der Mitgliedschaft ebenfalls etappenweise zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Phase zwei wird erst ausgelöst, wenn Phase eins abgeschlossen ist.

Der Prozess der Programmrevision erfolgt in drei Etappen. Jede Etappe wird ungefähr ein Jahr Zeit beanspruchen. Da die basisnahe Erarbeitung des Textes von grösster Bedeutung ist, sollten wir uns nicht durch die Vorgabe eines zeitlichen Ziels (z.B. Verabschiedung im Wahljahr 2007) unter Druck setzen. Die breite und vertiefte Debatte ist wichtiger als die schnelle Verabschiedung.

Die Erarbeitung des neuen Parteiprogramms erfolgt in den drei Schritten Analyse, Zielsetzung, Umsetzung.

1. Etappe: Klarheit in der Analyse

Es besteht in der Mitgliedschaft der SP kein Bedürfnis nach einer Grundwerte-Debatte. Die zentralen Werte gehören vielmehr zur unbestrittenen Grundausrüstung der Sozialdemokratie. Gross ist hingegen das Bedürfnis nach Orientierung: In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Was sind ihre treibenden und bremsenden Kräfte? Welches sind die für die nächsten zwei Jahrzehnte massgebenden Entwicklungstrends? Wie wirken Globalisierung und Europäisierung auf die Schweiz ein? Welches ist der Bestand an für uns unverzichtbaren Gesellschaftsfaktoren, welche möchten wir beseitigen oder verändern?

Grundlage für diese notwendige Orientierungsdebatte muss ein von Fachleuten erarbeiteter Text sein, der den aktuellen Wissens- und Erkenntnisstand von allen politikrelevanten Wissenschaften in leicht lesbarer Form zusammenfasst. Die Fachleute (Autor/in plus Begleitgruppe) werden von der GL vertraglich verpflichtet. Die GL vereinbart mit ihnen den inhaltlichen, zeitlichen und finanziellen Rahmen.

Die erste Fassung dieses Textes wird der GL zur Vernehmlassung unterbreitet. Die GL kann Nachbesserungen verlangen. Der definitive Entwurf geht zur Vernehmlassung in die Sektionen. Die GL sorgt zusammen mit ihnen und den Kantonalparteien für eine möglichst breite Diskussion an der Basis. Am Ende dieser Basis-Debatte steht die Diskussion und Beschlussfassung an einer DV.

2. Etappe: Gewissheit in der Zielsetzung

Es ist für die Partei entscheidend, dass sie sich Gewissheit verschafft über ihre wichtigsten Ziele. Diese leiten sich ab aus den gewonnenen Erkenntnissen der Gesellschaftsanalyse und unseren Grundwerten. Für die Erarbeitung der Ziele setzt die GL wiederum Fachleute ein. Ihr erster Vorschlag wird wiederum der GL vorgelegt, die Nachbesserungen verlangen kann. Der definitive Entwurf geht dann ins gleiche Konsultationsverfahren bei der Basis und den Organen wie das erste Kapitel.

3. Etappe: Umsicht in der Umsetzung

SP-Mitglieder (und WählerInnen) wollen nicht nur wissen, was die Partei anstrebt, sondern auch wie, mit welchen Strategien und Methoden sie dies tun will. Darum heisst das dritte zu erarbeitende Kapitel „Umsicht in der Umsetzung“. Das wird ein sehr praxisbezogenes, konkretes Kapitel sein, eine Art Anleitung zum Handeln. Es leitet sich ab aus den ersten beiden Kapiteln und wird wiederum von Fachleuten im Auftrag der GL erarbeitet. Es folgt zum dritten Mal der oben beschriebene Konsultationsprozess.

4. Vernissage und Publikation

Die Verabschiedung des neuen Programms erfolgt in einem speziellen Rahmen (DV oder Parteitag). Das Programm selbst wird als attraktiv gestaltete Broschüre, als Power-Point-

Präsentation, in einer Internet-Version, als Arbeitsblätter für die Schulen u.ä.m. publiziert und zur Verfügung gehalten. Auch mit diesen Gestaltungsarbeiten werden Fachleute beauftragt.

5. Finanzierung

Die Finanzierung der mit der Programmrevision verbundenen Arbeiten erfolgt aus dem ordentlichen Budget der SP Schweiz. Die notwendigen Kredittranchen werden in den Budgets der Jahre 2005 ff eingestellt.

Position der Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: dem Antrag der Geschäftsleitung wird mit grossem Mehr, bei einigen Enthaltungen zugestimmt.

A-20 SP Nendaz / VS

Antrag: Die Revision muss bis Ende 2006 abgeschlossen sein.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: wird mit grossem Mehr abgelehnt.

A-21 SP Männedorf / ZH

Antrag: Von einer Arbeitsgruppe ist, zusammen mit Fachleuten, ein SP-LEITBILD 2007 zu erstellen. Dieses Leitbild einhält die allgemeinverständlichen Grundsätze der schweizerischen SP-Politik. Es wird der Basis zur Diskussion vorgelegt und an einem Parteitag oder einer DV verabschiedet.

Gleichzeitig mit dem Leitbild werden, im Sinne von Bausteinen, diverse Kapitel zu einzelnen Bereichen entwickelt. Solche Bausteine sind u.a.: Europapolitik/Aussenpolitik, Militär/Innere Sicherheit, Finanz- und Sozialpolitik, Asylfragen, Bildung, Gesundheit/Krankenkassen, Landwirtschaft. Jedes dieser Kapitel, die auch Strategien der Umsetzung enthalten, ist von einer Fachgruppe zu erarbeiten und der Basis zur Diskussion vorzulegen. Verabschiedung durch Parteitag oder DV.

Mit diesem Vorgehen reduziert sich die Erarbeitungszeit auf zwei Jahre (2005,2006). Für die nächsten Wahlen steht damit ein schlagkräftiges und glaubwürdiges Instrumentarium zur Verfügung.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: wird mit grossem Mehr abgelehnt.

13. Parolenfassung zu den Abstimmungen vom 28. November 2004

13.1. Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 zur Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Die Parole wurde nach eingehender Diskussion mit verschiedenen Pro- und Contra-ReferentInnen gefasst.

Beschluss: Der Parteitag beschliesst mit 297:87 die Nein-Parole.

13.2 Bundesbeschluss vom 19. März 2004 über eine neue Finanzordnung

Beschluss: Der Parteitag beschliesst mit wenigen Gegenstimmen die Ja-Parole.

13.3 Bundesgesetz vom 19. Dezember 2003 über die Forschung an embryonalen Stammzellen (Stammzellenforschungsgesetz, StFG)

Die Parole wurde nach Diskussion mit verschiedenen Pro- und Contra-ReferentInnen gefasst.

Beschluss:

1. Abstimmung 237 Ja, 71 Nein
2. Abstimmung 246 Ja, 101 Stimmfreigabe und wenige Enthaltungen.

Der Parteitag beschliesst mit 246 Stimmen die Ja –Parole

14. Rede von Moritz Leuenberger, Bundesrat, Vorsteher UVEK zum Thema Umverteilung

Das Referat kann unter www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

15. Schwerpunkt Umverteilung und Gleichstellung

- 15.1 Referat Josy Gyr, Nationalrätin SZ
- 12.2 Referat André Mach, Dr. oec. Maîtreassistent Université de Lausanne
- 15.3 Referat Claudia Nielsen, Dr. oec. Publ. Büro für Schnittstellen zwischen Politik und Wirtschaft
- 15.4 Einführung in die Diskussion Maria Roth-Bernasconi, Nationalrätin GE

A-22 SP Frauen Schweiz

Antrag zur einheitlichen Sprache

Die deutsche und die französische Fassung des Papiere „Umverteilung und Gleichstellung werden überarbeitet nach den Vorgaben des GL-Beschlusses zur Sprachregelung (Antrag der SP-Frauen Schweiz vom 5. Oktober 2002, verabschiedet an der Sitzung der GL vom 13. Dezember 2002).

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-23 SP Bern Altstadt-Kirchenfeld

**Antrag an den a.o. Parteitag vom 6. März in Basel
Behandlung verschoben auf den ordentlichen Parteitag**

Nomination weiblicher Bundesratsmitglieder

Antrag: Der Parteitag ruft die SP-Fraktion auf, zuhanden der Bundesversammlung ausschliesslich weibliche Bundesratskandidaturen zu nominieren, solange dem Bundesrat nicht mindestens drei Frauen angehören.

Gegenantrag der Geschäftsleitung:

Der Parteitag ruft die SP Fraktion auf, alles in ihrer Möglichkeit stehende zu tun, um die weiblichen Bundesrats-Mitglieder auf *mindestens* 3 zu erhöhen.

Beschluss: der Gegenantrag der Geschäftsleitung wird mit grossem Mehr angenommen.

A-24 SP Bern-Süd

Ergänzungsantrag zum Antrag Bern Altstadt-Kirchenfeld

Der Antrag SP Bern Altstadt-Kirchenfeld sei wie folgt zu ergänzen (Ergänzungen *kursiv*):

„Der Parteitag ruft die SP-Fraktion auf, zuhanden der Bundesversammlung ausschliesslich weibliche Bundesratskandidaturen zu nominieren *und von bürgerlicher Seite wenn möglich weibliche Kandidaturen zu berücksichtigen*, solange dem Bundesrat nicht mindestens drei Frauen angehören.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: wird abgelehnt.

A-25 SP-Frauen Schweiz

Ein Masterplan für die Gleichstellung unter der Federführung der SP Schweiz

Antrag

Damit die SP Schweiz DIE führende Partei in Gleichstellungsfragen bleibt, stellen die SP-Frauen Schweiz folgenden Antrag an den ordentlichen Parteitag der SP Schweiz vom 23./24. Oktober 2004:

Die SP Schweiz lanciert das Projekt „Masterplan Gleichstellung“. Um den Stand der Gleichstellung in den Bereichen Gesellschaft, Politik, Bildung, Wirtschaft und Recht zu analysieren, das weitere Vorgehen in den fünf Bereichen festzulegen und in die Wege zu leiten, setzt die Partei eine Arbeitsgruppe ein.

Die Arbeitsgruppe ist paritätisch zusammengesetzt. In der Arbeitsgruppe müssen Je Einsitz nehmen:

- einE VertreterIn des Nationalrates
- Je einE VertreterIn des Ständerates
- Eine Fachperson aus dem Bereich Wirtschaft
- Eine Fachperson aus dem Bereich Bildung
- Eine Fachperson aus dem Bereich Recht
- Eine Vertreterin des Vorstandes der SP-Frauen Schweiz
- Die Zentralsekretärin der SP-Frauen Schweiz
- EinE MitarbeiterIn der SP-Kommunikationsabteilung oder eine Fachperson für Kommunikation

Die Arbeitsgruppe wird geleitet von einer noch zu bestimmenden Fachperson für Gleichstellung, die das Projekt begleitet, bis die notwendigen Schritte in die Wege geleitet sind. Für diese Person wird ein Pflichtenheft erstellt.

Für das Controlling ist die Arbeitsgruppe unter der Leitung der Zentralsekretärin der SP-Frauen Schweiz verantwortlich.

Die SP Schweiz stellt im Rahmen des Budgets 2005 die finanziellen Mittel für die Anstellung der projektverantwortlichen Person und eventuell die Finanzierung der Kommunikationsberatung von Fr. 25'000.00 zur Verfügung. Der Betrag wird im Jahr 2005 im Konto „Studienaufträge“ budgetiert.

Für die projektverantwortliche Person steht im Zentralsekretariat der SP Schweiz ein Arbeitsplatz zur Verfügung.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

Zusatzantrag JUSO in Arbeitsgruppe:

In der Arbeitsgruppe... **einE VertreterIn der Juso Schweiz**

Beschluss: der Zusatzantrag der Juso wird angenommen

A-26 SP Genf und SP Stadt Genf

~~Antrag: These 0 (neu)~~ **Resolution**

Ein qualitativ hoch stehender Service public gewährleistet in einem gewissen Umfang eine gerechte und demokratische Umverteilung des Wohlstands in unserem Land. Die SP Schweiz ist die Partei, die für den Service public eintritt, und sie muss dies auch bleiben.

Begründung: In letzter Zeit hat die Schweizer Bevölkerung klar zum Ausdruck gebracht, dass ihr die Erhaltung des Service public ein grosses Anliegen ist. Sie hat sich den Zielen der SP Schweiz angeschlossen, wenn sich diese in Abstimmungskampagnen für die Erhaltung des Service public eingesetzt hat. Dies war sowohl beim Referendum gegen das EMG als auch im Zusammenhang mit der Kampagne für die Initiative "Postdienste für alle" der Fall. Die Bevölkerung anerkennt in "der Partei des Service public" eine Kraft, die ihre Ziele und Interessen zum Ausdruck bringt. Der Bevölkerung liegt der Service public am Herzen, weil er effizient unmittelbaren materiellen Bedürfnissen entspricht und auf diese Weise ein wertvolles Gut und einen kollektiven Wert darstellt.

Doch die Verbundenheit mit dem Service public geht in der Schweiz noch viel tiefer, weil er in erster Linie einen Anspruch auf Solidarität, Demokratie und Gerechtigkeit – kurz gesagt einen Anspruch auf Kultur – erfüllt. Im Gegensatz dazu können die privaten Angebote, die zur Erzielung von Gewinnen verdammt sind, diese Ansprüche nicht erfüllen.

Der Service public ist den einengenden und vielfach unmenschlichen Gesetzen der gewinnorientierten Wirtschaft definitionsgemäss nicht unterstellt. Er fördert faktisch eine Umverteilung des Wohlstands, weil er mit Hilfe von Steuern finanziert wird und die Leistungen im ganzen Land unabhängig von den jeweiligen Verhältnissen allen Benutzerinnen und Benutzern zu den gleichen Bedingungen angeboten werden. Der Zugang zum Service public ist somit ein Recht. Dies gilt auch in jenen Fällen, in denen das Angebot nicht auf eine zahlungsfähige Nachfrage trifft.

Im Gegensatz zum privaten Handel steht der Service public unter der Aufsicht von demokratisch gewählten Behördenvertretern, die gegenüber dem Volk verantwortlich

sind. Was die Aufgaben des Service public anbelangt, ist die demokratische Aufsicht für die Schweizer Bevölkerung von grosser Bedeutung.

Aus all diesen Gründen ist der Service public der Ausdruck einer tatsächlichen Solidarität zwischen Stadt und Land, zwischen leicht erreichbaren Gebieten und Randregionen, zwischen den Generationen sowie zwischen vermögenden und benachteiligten Benutzerinnen und Benutzern.

Die Umverteilung der Mittel durch den Service public wurde bereits im letzten Jahrzehnt teilweise zunichte gemacht:

- die Umwandlung der Regiebetriebe des Bundes in "öffentlich-rechtliche Aktiengesellschaften" oder gar in börsenkotierte private Unternehmen führte zu radikalen Änderungen bei der Führung dieser Unternehmen: Das Erzielen einer Rendite ist für sie nun eine Notwendigkeit.
- Gleichzeitig wurde das Prinzip der Quersubventionierung, dank dem defizitäre Bereiche mit den Gewinnen von anderen Bereichen finanziert werden konnten, durch die Einführung der Kostenrechnung in Frage gestellt.
- Diese Entwicklung erfolgte in einem Umfeld, das dadurch geprägt war, dass das Monopol der Regiebetriebe des Service public in ihrem jeweiligen Bereich teilweise oder vollständig aufgehoben wurde.
- Die ehemaligen Regiebetriebe wurden dadurch gezwungen, sich an neue Spielregeln anzupassen, die mit den Aufgaben des Service public unvereinbar sind. Ausserdem bauten sie Zehntausende von Arbeitsplätzen ab.
- Das Schulwesen und der Gesundheitsbereich sind ebenfalls grossem Druck ausgesetzt, der in die gleiche Richtung geht.

Die SP Schweiz engagiert sich für eine bestimmte Vision von Fortschritt und Demokratie, in deren Rahmen die wesentlichen Angelegenheiten des Landes nicht von den Verwaltungsräten der privaten Unternehmen – und schon gar nicht von multinationalen Unternehmen – bestimmt werden. Sie nimmt es nicht hin, dass Bereiche, die für die gesamte Bevölkerung von vitaler Bedeutung sind – wie das Gesundheitswesen, die öffentliche Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Kommunikationsmittel oder die Raumplanung –, der Kontrolle von unabhängigen und demokratisch gewählten Institutionen entzogen werden. Die SP Schweiz bekräftigt die Notwendigkeit, den Service public unter die ausschliessliche Verantwortung von gewählten Behördenvertretern zu stellen, und sie bekämpft den Trend, ein Outsourcing von Dienstleistungen zu realisieren (Globalbudgets, Leistungsverträge, Vergabe an Zulieferer, teilweise oder vollständige Privatisierungen...).

Der Service public muss wieder ohne Einschränkung zu einem Instrument für die Umverteilung des Wohlstands werden. Alle Dienstleistungen müssen allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Dies gilt auch in jenen Fällen, in denen dies nicht rentabel ist.

- In allen Instanzen, in denen die SP Schweiz vertreten ist (Gemeinde- und Kantonsparlamente, Bundesversammlung, Exekutivämter...), bekämpft sie grundsätzlich jede Form von Liberalisierung, Privatisierung und Outsourcing.
- Sie lehnt die Politik der leeren Kassen ab und engagiert sich für die Erhaltung oder gar eine Aufstockung der Budgets, die für das reibungslose Funktionieren der Aufgaben des Service public zur Verfügung gestellt werden.
- Wenn die Tätigkeit in den Parlamenten nicht ausreicht, sorgt sie dafür, dass über ein Referendum oder eine Initiative das Volk seine Meinung äussern kann.
- In nächster Zukunft wird sie sich für die dringendsten Dossiers einsetzen.
- Sie lehnt die Liberalisierung des Energiesektors ab und verlangt vom Bundesrat die Berücksichtigung des Volksauftrags vom 22. September 2002. Sie bekräftigt ihre Ablehnung des neuen StromVG.

- Sie widersetzt sich jedem weiteren Abbau des Monopols der Post. ~~und verlangt die Rückkehr zum vollständigen Monopol im gesamten Postmarkt. Sie bekräftigt ihr Engagement zu Gunsten der Post und verlangt die Erhaltung aller Poststellen.~~
- Sie verlangt die Beibehaltung der landesweiten Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die von öffentlichen Betrieben mit einem faktischen Monopol betrieben werden (Postauto, SBB, städtische Verkehrsbetriebe...).
- Sie bekräftigt ihr Engagement für die Beibehaltung des Monopols der Swisscom auf der letzten Meile.
- Zusammen mit den Gewerkschaftsorganisationen kämpft die SP Schweiz für die Erhaltung des Service public.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung; nicht ins Thesenpapier aufnehmen. Allenfalls als Resolutionsentwurf behandeln

Beschluss: abgelehnt im Sinne der GL Stellungnahmen und als Resolution angenommen. Punkt 6 Post wird gekürzt.

A-27 Juso

Änderungsantrag (Seite 11, Einleitung, 2. Abschnitt, Ende des 1. Satzes):

Im ganzen Dokument ist der Begriff „Gerechtigkeit“ oder „gerecht“ durch „Gleichheit“ oder „gleich“ zu ersetzen.

Steuerpolitik Gerechtigkeit nicht Gleichheit (sprachliche Anpassung red. Änderungen, Anpassungen Papier genau schauen und redaktionell anpassen

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung. Redaktionelle Kompetenz. Im Deutschen Text ersetzen, wo es Sinn macht.

Beschluss: Im Sinne der GL-Stellungnahme abgelehnt.

A-28 Juso

Änderungsantrag (Seite 11, Einleitung, letzter Satz):

Den Titel der Wahlplattform korrigieren und ersetzen durch „Gleichheit, soziale Sicherheit und Lebensqualität für alle“.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-29 Juso

Änderungsantrag, These 1, 3. Abschnitt, 2. Satz):

Änderung des Satzes wie folgt: [...] hätte die bescheidene Reformvorlage der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) ein erfreulicher Schritt in die richtige Richtung sein können, wenn sie durch die Entlassung des Bundes aus der Verantwortung in bestimmten Bereichen nicht zu ungleicher Behandlung der Nutzniesserinnen und Nutzniesser je nach Kantonen führen würde“.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: im Sinne der NFA-Diskussion Parolenfassung JA/Nein; Begründung wenn NFA Parole *Nein* gilt Juso Antrag als angenommen; bei *Ja*-Parole wird Antrag abgelehnt. Im Falle einer Stimmfreigabe muss darüber abgestimmt werden.

Beschluss: Im Sinne der Parolenfassung zum NFA angenommen.

A-30 SP Pfäffikon (ZH)

These 1: Korrekturvorschlag

Im Titel und in Absatz 2 soll „untermauert das Fundament“ sinngemäss durch „**untergräbt** das Fundament“ ersetzt werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-31 SP Pfäffikon (ZH)

These 2: Änderungsantrag

Der etwas abgedroschene Begriff „Alte“ in Absatz 3 soll durch „ältere Menschen“ ersetzt werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-32 SP Pfäffikon (ZH)

These 4: Korrekturvorschlag

Im letzten Absatz des Massnahmenkataloges ist der Zusatz „im Rahmen der Familienbesteuerung“ überflüssig und soll daher gestrichen werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-33 Juso

These 4, Einleitung Änderungsantrag:

Änderung des Satzes wie folgt: „Die Familien leisten einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung, **dieser** muss finanziell anerkannt werden.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-34 SP Genf und SP Stadt Genf

These 4 Neuer Punkt an erster Stelle

Aufwertung der Kompetenzen der Eltern durch die Schaffung einer soliden Kette von Strukturen, die von der Geburt bis zur Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Kinder gewährleistet ist. Dies erfordert unter anderem die Verbesserung der Mutterschaftsversicherung, die Schaffung eines Adoptionsurlaubs, die Schaffung des Anspruchs auf Kinderbetreuung und den Ausbau der ausserschulischen Betreuung.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme
Beschluss: wird angenommen.

A-35 SP Pfäffikon (ZH)

These 5: Änderungsantrag

„Bis heute de facto nicht umgesetzt“ in Absatz 1 soll durch „bis heute nur ansatzweise umgesetzt“ ersetzt werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme
Beschluss: wird angenommen.

A-36 SP Genf und SP Stadt Genf

These 5 Der zweite Punkt wird ersetzt durch:

Schaffung eines entsprechenden Service public auf den drei Organisationsebenen unseres Landes. Dieses Angebot beruht auf dem Anspruch, sein Kind betreuen zu lassen. Damit wird eine ausgewogenere Rollenverteilung innerhalb der Familien gewährleistet. Dieses Angebot muss auch geschaffen werden, weil die Kinderbetreuung alle typischen Merkmale eines öffentlichen Guts aufweist (sehr grosse Zahl von Benutzern, Nutzen über einen langen Zeitraum, Verfügbarkeit für die gesamte Bevölkerung). Nur die öffentlichen Körperschaften sind in der Lage, die erforderlichen Investitionen zu tätigen und einen Rahmen festzulegen, dank dem alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger diese Angebote nutzen können.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung
Beschluss: zurückgezogen zugunsten des Antrags 34

A-37 SP-FrauenSchweiz

Antrag zu These 5

4. Abschnitt ergänzen (kursiv und fett):

„Frauen wollen heute nicht mehr gefördert werden... **Männer, die Hausarbeit verrichten und Verantwortung für die Kinderbetreuung übernehmen, wollen heute nicht mehr schräg angeschaut werden. Frauen und Männer** wollen die Hindernisse aus den Weg geräumt sehen, die ihnen immer noch entgegenstehen, wenn sie Familien- und Erwerbsarbeit vereinbaren wollen.

5. Abschnitt umformulieren(kursiv und fett):

Gleichstellungs-Hindernisse gibt es in den verschiedensten Bereichen.

Wirtschaftlicher Bereich: Lohnungleichheit,

Bereich Schule / Familie: fehlende Tagesstätten...Weiterbildungsangebote für WiedereinsteigerInnen

Neue Forderung hinzufügen:

- **Massnahmenkatalog zur Gleichstellung und Förderung von Frauen im mittleren und oberen Kader.**

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme
Beschluss: wird angenommen.

A-38 JUSOThese 5, Änderungsantrag (Seite 17, Vorschläge):

Den folgenden Vorschlag hinzufügen: „Der Mutterschaftsurlaub soll auf 16 Wochen erhöht und durch einen Elternurlaub ergänzt werden.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme im Sinne einer langfristigen Perspektive
Beschluss: Im Sinne der GL-Stellungnahme angenommen.

A-39 SP Pfäffikon (ZH)These 6: Ergänzungsantrag

Der letzte Absatz des Massnahmenkataloges soll folgendermassen ergänzt werden: Dabei ist angesichts der erwartbaren demografischen Entwicklung sowie unter dem Aspekt der verbesserten Verteilungsgerechtigkeit abzuklären, welcher Anteil der Altersvorsorge im Umlageverfahren und welcher im Kapitaldeckungsverfahren erbracht werden muss.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme im Sinne einer Stärkung der AHV zulasten des BVG

Beschluss: Im Sinne der GL-Stellungnahme angenommen.

A-40 SP Genf und SP Stadt GenfThese 6 neue Punkte:

- Die SP hat die Entscheide zur Kenntnis genommen, die am Gipfel von Barcelona im März 2002 zum Rentenbereich gefällt wurden. Mit diesen Entscheiden wird insbesondere verlangt, dass das Rentenalter in allen Ländern der Europäischen Union um durchschnittlich fünf Jahre angehoben wird. Die Schweiz ist jedoch nicht Mitglied der Europäischen Union. Deshalb widersetzt sich die SP jeglicher Erhöhung des Rentenalters der Schweizerinnen und Schweizer.
- Grundsätzlich wird die SP jeden Entwurf für eine Revision der Sozialversicherungen AHV und IV bekämpfen, durch den die derzeit bestehenden Errungenschaften und Schutzmassnahmen gefährdet werden.
- Die SP wird darauf achten, dass durch die nächsten Revisionen der Versicherungen der ersten Säule, d.h. der AHV und IV, die gegenwärtig garantierten Schutzmassnahmen innerhalb dieser beiden Versicherungen nicht auf die Ergänzungsleistungen übertragen werden. So wird die SP einen Ersatz der paritätischen Finanzierung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch eine öffentliche Finanzierung bekämpfen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: wird abgelehnt.

A-41 SP Pfäffikon (ZH)These 7: Korrekturvorschlag

In Absatz 3 sind „die KVG“ und „seit ihrer Einführung“ durch „das KVG“ und „seit seiner Einführung“ zu ersetzen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-42 JUSOThese 7, Änderungsantrag (Seite 20, 4.Vorschlag):

Der zweite Satz ist wie folgt abzuändern: „Die SP lehnt die Entwicklung eines auf Konkurrenz zwischen privaten Anwendern beruhenden Gesundheitsmarktes ab und fördert im Gegenteil im Gesundheitswesen einen starken Service public.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-43 SP Pfäffikon (ZH)These 8: Ergänzungsantrag

Im 2. Absatz des Massnahmenkataloges soll am Schluss der Satz angefügt werden: Dabei sind die verschütteten oder verdrängten Ressourcen der Ausgegrenzten ernst zu nehmen und gezielt zu fördern.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-44 SP Pfäffikon (ZH)These 8: Korrekturvorschlag

Im dritten Absatz des Massnahmenkataloges soll „am effizienten“ durch „am effizientesten“ ersetzt werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-45 SP Genf und SP Stadt GenfThese 8 Neuer Punkt:

Mit dem Anspruch auf Kinderbetreuung wird die Voraussetzung dafür geschaffen, dass für viele Frauen mit Kindern – die sich unter den gegebenen Umständen allzu häufig in der Illegalität befinden, welche sowohl für die Eltern als auch für sie mit grosser Unsicherheit verbunden ist – deutlich bessere Arbeitsbedingungen gewährleistet werden können. Mit diesem Anspruch wird garantiert, dass die Eltern weiterhin ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: zurückgezogen zugunsten des Antrags 34.

A-46 SP Pfäffikon (ZH)These 9: Änderungsantrag

Wir gehen davon aus, dass es im 4. Absatz des Massnahmenkataloges anstelle von „Finanzpartnerschaft zwischen Unternehmen und Behörden“ heissen muss: „Finanzpartnerschaft zwischen Unternehmen und Öffentlicher Hand“.

Haltung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-47 SP-Frauen SchweizAntrag zu These 9

Titel: ergänzen (**fett und kursiv**) Förderung von mehr Chancengleichheit durch verbesserte Aus- **und Weiterbildungschancen**

Forderung 1 ergänzen: (**fett und kursiv**) Unter keinen Umständen darf im Bereich Ausbildung, **Weiterbildung** und Forschung...(Weiterbildung neu)

Forderung 3: ergänzen Parallel dazu soll die Ausbildungsförderung in Form von Stipendien **für die AbsolventInnen** einer Berufslehre, einer Ausbildung, eines Studiums **und/oder einer Weiterbildung** verbessert werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-48 SP Genf und SP Stadt GenfThese 9 Neuer Punkt:

Durch die Schaffung eines echten Service public, der auf dem Anspruch auf Kinderbetreuung beruht, werden die Eltern dank wirksamen Massnahmen zur Koordination von familiären Pflichten und ihrer Berufstätigkeit in der Lage sein, ihre beruflichen Kenntnisse zu erhalten und zu entwickeln. Damit werden sie während ihres gesamten Lebens Zugang zu Arbeitsplätzen mit höheren Qualifikationsanforderungen haben, die auch ein höheres Einkommen ermöglichen. Ausserdem kann damit ein Bereich professionalisiert werden, der heute noch zu einem grossen Teil informell organisiert ist.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: Zurückgezogen zugunsten des Antrags 34.

A-49 SP Pfäffikon (ZH)These 10: Änderungsantrag

Im 1. Absatz des Massnahmenkataloges macht die Ergänzung „ oder zur Aushandlung“ eigentlich keinen Sinn und soll daher gestrichen werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-50 SP Pfäffikon (ZH)These 10: Korrekturvorschlag

Im 4. Absatz des Massnahmenkataloges soll der Begriff der „Gewerbeaufsichtsbeamten“ durch den gebräuchlichen der „Arbeitsinspektoren“ ersetzt werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-51 SP-Frauen SchweizAntrag zu These 10

Forderung 4 umformulieren (**fett und kursiv**)

„Erhebliche Verstärkung der für die Einhaltung des Arbeitsrechts und die *laut* GAV erforderlichen Mittel sowie für die **Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“**. In einem ersten Schritt ...“

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: wird angenommen.

A-52 JUSOThese 10: Änderungsantrag (Seite 24, 3. Vorschlag):

Änderung des Vorschlags wie folgt: „Erleichterung der Allgemeingültigerklärung der Gesamtarbeitsverträge (GAV) und gesetzliche Verankerung der Pflicht, in jedem Wirtschaftszweig Minimallöhne festzulegen.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnen

Beschluss: wurde zurückgezogen.

A-53 JUSOÄnderungsantrag JUSO 8 (Seite 24, These 10, Vorschläge):

Anfügen des Vorschlags: „Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 3500 Franken.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnen. Gegenantrag GL: Ein Mindestlohn muss u.a. ein mittelfristiges Ziel werden.

Beschluss: mit 106:60 Stimmen im Sinne der GL abgelehnt.

A-54 JUSOÄnderungsantrag JUSO 9 (Seite 24, These 10, Vorschläge):

Anfügen des Vorschlags: „Herabsetzen der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden“.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten Gegenantrag GL: Die provokativen Überlegungen seitens der Arbeitgeber zur Erhöhung der Arbeitszeit müssen entschieden bekämpft werden. Die SP setzt sich weiterhin dafür ein, die historische Entwicklung zu einer Reduktion der Arbeitszeit fortzusetzen, die als Mittel der Verteilung von Produktivitätsgewinnen an ArbeitnehmerInnen voll geeignet bleibt.

Beschluss: Der Gegenantrag der GL wird angenommen.

A-55 SP Genf und SP Stadt GenfThese 10 Neuer Punkt:

Schaffung des Anspruchs auf Kinderbetreuung, damit die Eltern dank einer umfangreicheren Beteiligung am Arbeitsmarkt über eine höhere Kaufkraft verfügen. Einelternfamilien können unter solchen Voraussetzungen eine grössere finanzielle Selbstständigkeit erreichen. Ausserdem können die Familien höhere Beiträge in die AHV und in die zweite Säule einzahlen und sich damit ein höheres Einkommen im Ruhestand sichern.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: zurückgezogen zugunsten des Antrags 34.

A-56 SP Stadt Genf

Das Recht auf Fremdbetreuung von Kindern

Die Finanzierung als letzter Stolperstein?

Obwohl wir uns längst und definitiv von den karitativen, paternalistischen und gesundheitspolizeilichen Argumenten entfernt haben, mit denen die ersten Waisenhäuser und Horte für Kinder aus bedürftigen Familien bedacht wurden, ist es zentral, dass die sozialdemokratische Partei der Schweiz die Kleinkinderpolitik heute zu einem ihrer vorrangigen Themen macht. Die Familien warten ungeduldig darauf, dass der Schritt von der sozialen Unterstützung zum Recht auf Fremdbetreuung vollzogen wird – endlich.

Der grundsätzliche Widerstand, der die letzte Etappe zur Lösung dieses dornenvollen Kapitels hin zu einer harmonischen Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben begleitet, hängt immer noch mit der Finanzierbarkeit der Strukturen zusammen. Allerdings wird die wirtschaftliche Bedeutung von Betreuungsstrukturen für Kleinkinder bei Entscheidungen zur Schaffung oder zur Finanzierung von Krippen nur selten berücksichtigt. Die sozioökonomischen Auswirkungen von Krippen gehen aber weit über die unmittelbar betroffenen Kreise von Eltern, Kindern und Krippenpersonal hinaus. Mit anderen Worten: Schaut man sich die Einbettung von Krippen in den Wirtschaftskreislauf an, so stellen diese eine rentable Investition dar.

Krippen sind rentabel, keine Krippen kosten

Die von der Stadt Zürich in Auftrag gegebene und vom Berner Büro BASS erstellte Kosten-Nutzen-Studie zu Krippen sowie die im Namen der Gleichstellungsbeauftragten der lateinischen Schweiz erarbeitete Analyse „La crèche est rentable, c'est son absence qui coûte“ bestätigen und beweisen, dass

- **das Verhältnis zwischen Kosten**

(hier: öffentliche Subventionen und Elternbeiträge)

- **und Nutzen**

(hier: für die öffentliche Hand, die Steuerpflichtigen, die Unternehmen und die Kinder)

- **für die Gesellschaft grösser ist als eins.**

Auf Grundlage der offiziellen statistischen Angaben zeigen die Autoren der Zürcher Studie, dass Krippen im Vergleich zu weniger formellen Betreuungsmodellen zu einer Erhöhung der Berufstätigkeit führen. Diese Schätzungen umfassen einzig

- die dank dem Vorhandensein von Krippen geschaffenen Zusatzeinkommen und
- die daraus sich ergebenden steuerlichen und sozialen Auswirkungen.

Berücksichtigt wird die Tatsache, dass selbst bei fehlenden Krippen die Haushalte im Durchschnitt über mehr als ein Einkommen verfügen.

Für 1 investierten Franken erbringen die untersuchten Krippen durchschnittlich 3 Franken für die Kollektivität.

Für 1 Franken Subvention erbringen die Krippen Franken für die öffentliche Hand.

	GENF	ROMANDIE	ZÜRICH STADT
Wirtschaftsertrag	1.8	3	3.5
Steuerertrag	0.6	1	1.7
öffentlicher Anteil	75 %	67 %	46 %

Der Wirtschaftsertrag entspricht dem Verhältnis zwischen der Summe des Nutzens für die verschiedenen Mitglied des Kollektivs (Privat- und Steuereinkommen) und der Summe aller Kosten (Subventionen und Elternbeiträge, ev. Beiträge der Unternehmen).

Der Steuerertrag entspricht dem Verhältnis zwischen dem generierten Steuereinkommen und den öffentlichen Subventionen.

Die öffentliche Unterstützung ist für Betreuungseinrichtungen unumgänglich

Der Grund dafür liegt in der Art des von Krippen hergestellten Nutzens. Die wirtschaftlichen Nutzniesser von Krippen sind zahlreich und der Nutzen wirkt sich langfristig aus; ist der Nutzen des öffentlichen Gutes einmal erbracht, so ist er für die ganze Kollektivität zugänglich, ohne dass jene, die nicht zu dessen Finanzierung beitragen, ausgeschlossen werden können.

Diese Eigenschaften sind typisch für öffentliche Güter, die für die Kollektivität eine erhöhte Ertragsrate ergeben.

In solchen Fällen kann aber einzig die öffentliche Hand die nötigen Investitionen einleiten und einen Rahmen definieren, der allen betroffenen Akteure einbezieht und Kosten und Nutzen für alle Akteure ausgleicht. Ohne Intervention der öffentlichen Hand bleiben die Investitionen in Betreuungsplätze ungenügend und stellen einen kollektiven gesellschaftlichen Mangel dar, auch für die öffentlichen Hand.

Krippenknappheit führt zu Opportunitätskosten zweierlei Art:

Verlust von Einkommen in Folge Rückzugs vom Arbeitsmarkt oder unerwünschte Verringerung der Anzahl Arbeitsstunden Verschlechterung der langfristigen Einkommensperspektiven aufgrund des allmählichen Zerfalls des Humankapitals

Deshalb sind Betreuungsstrukturen nicht teuer, sondern stellen eine Aufwertung der Humanressourcen für die Wirtschaft dar.

Gegenwärtig ist nur die sozialdemokratische Partei in der Lage, alles zu unternehmen, damit das Recht auf Kinderbetreuung endlich durchgesetzt wird.

Der Anspruch auf dieses neue Recht, das zur Selbstverständlichkeit werden soll, ist bedingt durch die allmählich sich durchsetzende neue familiäre Rollenverteilung.

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz muss die neuen Bedürfnisse der Bevölkerung erkennen und für diese eine klare und zukunftsgerichtete Antwort finden.

Dazu müssen viele Wege weiter ausgebaut und Lösungen gesucht werden, damit ein optimales Krippenangebot entsteht:

- Einbezug und Koordinierung der drei politischen Ebenen in der Schweiz;
- interkommunale Partizipation;
- Erstellen einer Skala betreffend einer akzeptablen Steuerbelastung für jeden Haushalt (Originalantrag in französisch, kann nur sinngemäss übersetzt werden).
- nahtlose und solide Strukturen von der Geburt bis zur Erreichung einer gewissen Unabhängigkeit des Kindes: Mutterschaftsversicherung, Krippen und andere zuverlässige Betreuungsformen (zum Beispiel offizielles Netz von Tagesmüttern), nach- und parashulische Betreuung.
- Überprüfung der Möglichkeit eines Einbezug der Finanzierung dieser neuen öffentlichen Dienstleistungen in die Firmenbesteuerung.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung; nicht ins Thesenpapier aufnehmen. Allenfalls als Resolutionsentwurf behandeln

Beschluss: wird abgelehnt und unter Traktandum Resolutionen behandelt

Schlussabstimmung

Das Thesenpapier zum Schwerpunktthema 2 „Umverteilung und Gleichstellung“ wird gemäss vorangehender Diskussion **einstimmig verabschiedet.**

A-57 SP-Ostermundigen (BE)

Ausarbeiten einer Verfassungsinitiative Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht

Die Geschäftsleitung wird beauftragt, eine Verfassungsinitiative zur Abschaffung der obligatorischen Wehrpflicht (Änderung BV Art. 59) auszuarbeiten und sie dem ordentlichen Parteitag 2006 zum Grundsatzentscheid „Lancierung Ja / Nein“ zu unterbreiten.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Empfehlung zur Annahme
FA Frieden und Sicherheit legt bis Ende 2004 ein Konzeptpapier „Alternativen zur Wehrpflicht“ vor. Anfangs 2005 findet zum gleichen Thema eine Tagung statt.

Beschluss: Wird im Sinne eines Prüfungsantrags angenommen, mit dem Verweis auf die Tagung vom 21. Januar 2005, um das Thema zu möglichen Initiativen zu diskutieren.

Resolution für den Frieden in der Westsahara (wurde am Parteitag verteilt)

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz

besorgt über die anhaltend konfliktreiche Lage in der Westsahara und insbesondere die auf unbestimmte Zeit vertagte Durchführung des Referendums über die Selbstbestimmung des Volkes in der Westsahara, obschon dieses Recht durch die Ziele und Grundsätze in der Uno-Charta garantiert ist;

begrüssst, dass die Front Polisario dem Friedensplan für die Selbstbestimmung des Volkes in der Westsahara zugestimmt hat, der eine optimale politische Lösung anbietet, die auf einem Vertrag zwischen den beiden Parteien, dem Friedensplan, beruht, den der Uno-Sicherheitsrat in seinen einstimmig verabschiedeten Resolutionen 1495 (2003) vom 31. Juli 2003 und 1541 (2004) vom 29. April 2004 beschlossen hat;

begrüssst ebenso die erfolgreiche Anwendung vertrauensbildender Massnahmen, die das HCR und die MINURSO eingeleitet haben, was Tausenden von Bürgern und Bürgerinnen der Sahraouis erlaubt, sich nach 29 Jahren der Trennung auf beiden Seiten der Mauer, die marokkanische Einheiten in der Westsahara errichtet haben, wieder zu finden, und fordert beide Parteien auf, ihre Zusammenarbeit mit dem HCR und der MINURSO fortzusetzen, um den Austausch aus humanitären Gründen weiterzuführen;

begrüssst die mutige Entscheidung Südafrikas, die République Arabe Sahraouie Démocratique (RASD) offiziell anzuerkennen in Anwendung der Grundsätze und Ziele der Charta der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen;

lädt die Regierung Marokkos und der RASD ein, voll mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um ohne weiteren Verzug ein freies, gerechtes und unparteiisches Referendum abzuhalten, das das Selbstbestimmungsrecht des Volkes in der Westsahara respektiert;

fordert die zwei Konfliktparteien, das Königreich Marokko und die Front Polisario auf, den Austausch von Kriegsgefangenen fortzusetzen, die noch in ihren Händen sind, und fordert Marokko auf, ohne Verzug das Schicksal der verschwundenen Sahraouis aufzuklären und alle politischen Gefangenen zu befreien, die gegenwärtig in Haft sind;

bekräftigt dem Volk der Sahraouis seine Unterstützung und sein Recht auf Selbstbestimmung entsprechend den zahlreichen Resolutionen der Uno, der Afrikanischen Union, der Europäischen Union, der Sozialistischen Internationalen und weiterer nationaler und internationaler Organisationen auf der ganzen Welt;

ruft die internationale Gemeinschaft auf, die Unterstützung des Volkes der Sahraoui fortzusetzen, bis dieses endlich sein Schicksal selbst bestimmen kann.

Beschluss: Der Parteitag stimmt der Resolution zu.

R-2 SP-Frauen Schweiz

Globalisierung – alle sollen davon profitieren können!

Globalisierung ist nicht mit Neoliberalisierung gleichzusetzen. Globalisierung kann eine Chance sein, wenn sie erlaubt, die Grenzen zwischen den Völkern abzubauen, den Frieden zu fördern und das Zusammenleben aller zu verbessern. Die Politik soll diese unabdingbare Bewegung nicht nur begleiten und umsetzen, sondern sie beeinflussen und umgestalten. Dieses Ziel ist aber noch in weiter Ferne.

Globalisierung heisst enge Verflechtung von Ländern und Völkern. Diese Entwicklung wurde in den letzten Jahren dank der Fortschritte in der Technologie und den neuen Errungenschaften im Kommunikationsbereich stark beschleunigt. Die Finanzmärkte wurden liberalisiert und die Warenmärkte einseitig und zu Ungunsten der dritten Welt geöffnet. Diese neoliberale Globalisierung hat weder die Armut auf der Welt verringert noch den Völkern mehr

Stabilität gebracht. Im Gegenteil: die Schere zwischen Arm und Reich hat sich geöffnet, die Umwelt wird weiterhin ausgebeutet und die Politik hinkt der Wirtschaft nur noch hinterher. Heute leiden noch 1 Milliarde Menschen an Hunger, im Jahre 2000 mussten 3 Mia Menschen ohne qualitativ und quantitativ ausreichende Wasserversorgung leben.

Eine andere Welt ist aber möglich! Dazu müssen die Politik und die Demokratien wieder an Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Die Verteilungsfrage muss weltweit gestellt werden. Wer bekommt wie viel für welche Arbeit? Und: diese Frage muss auch unter dem Genderaspekt gestellt werden. Es kann nicht angehen, dass 70% der Armen und Ärmsten dieser Welt Frauen und Mädchen sind.

Die sozialdemokratische Partei stand und steht für mehr soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Demokratie ein. Dafür kämpft sie sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Der schrankenlose und zerstörerische Kapitalismus ist radikal in die Richtung einer echten, sozialen und ökologischen Marktwirtschaft zu verändern. Die Vision ist eine gerechtere und menschlichere Welt, in der jede und jeder seine und ihre wirtschaftliche, soziale und ökologische Verantwortung wahrnimmt und wahrnehmen kann. Eine Welt, in der mehr Gleichgewicht herrscht zwischen arm und reich, zwischen Frauen und Männern, und damit auch mehr Frieden.

Dazu braucht es innovative und umsetzbare Lösungen, die weltweit angewendet werden können. Es braucht glaubwürdige, verschiedene Alternativen. Und: es gibt nicht EINE Antwort auf alle Fragen, sondern es müssen verschiedene Lösungen gefunden werden.

Die Problematik kann auf drei Ebenen angegangen werden.

Zunächst handeln wir als Einzelne als **KonsumentInnen**. Jeden Tag kaufen wir Nahrungsmittel, Kleider, Gebrauchsgegenstände. Wir haben es in der Hand, den fairen Handel zu unterstützen, etwas zu einer besseren und gerechten Welt beizutragen. Die Verantwortlichen von Max Havelaar sagen es deutlich: der wichtigste Erfolgsfaktor des fairen Handels ist die Nachfrage der Konsumenten und Konsumentinnen. Deshalb fordern wir alle Genossinnen und Genossen auf, sich als faire Konsumentinnen und Konsumenten zu verhalten. Konsumentinnen und Konsumenten sollen umweltbewusst, nachhaltig und mit sozialem Gewissen handeln.

Als **StaatsbürgerInnen** können wir einen Einfluss auf die Politik nehmen. Ein erster Schritt, um auf die politische Kontrolle des Welthandels Einfluss zu nehmen, ist, alles daran zu setzen, dass die Schweiz sich nicht abkapselt sondern als Vollmitglied in internationalen Organisationen mitredet. Und als solches Mitglied soll sie soziale und ökologische Standards fordern. Ökologische, soziale, fiskalische und wettbewerbsrechtliche Regeln, die heute in den meisten zivilisierten Staaten gelten, müssen als Standards auf internationaler Ebene in den multilateralen Wirtschaftsabkommen gleichwertige Aufnahme finden.

Als **Erziehende** können wir Einfluss nehmen auf den Wechsel der Mentalitäten. Weg vom schnellen Konsum zum verantwortungsvollen Handeln. Als Vorbilder müssen wir uns darum bemühen, dass die Erziehungsbudgets, vor allem auch, wenn es um Sensibilisierungskampagnen zur nachhaltigen Entwicklung und zur Gleichstellung geht, erhöht werden.

- Als KonsumentInnen können wir auf die Wirtschaft Einfluss nehmen
- Als StaatsbürgerInnen können wir die Politik verändern
- Als Erziehende können wir die Welt verändern.
- Wir fordern die SP Schweiz auf:

- In Zusammenarbeit mit Fairness Organisationen eine Werbekampagne für fairen Handel in einer der nächsten Nummern von links.ch, bzw. socialistes.ch zu organisieren.
- Die Zusammenarbeit mit der „société civile“ (sozialen Bewegung) zu verstärken um mit ihr zusammen gegen die neoliberale Wirtschaftsordnung anzukämpfen. Es ist ein Seminar über die Zusammenarbeit mit diesen Organisationen zu organisieren.
- Weiterhin mehr Mittel für Bildung und Forschung, vor allem im Bereich der Ökologie und der Genderstudies zu fordern.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: Der Parteitag stimmt der Resolution zu.

R-3 Resolution der Geschäftsleitung

Unterstützung des Referendums gegen die Sonntagsarbeit

Resolution:

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz beantragt dem Parteitag, das Referendum gegen die allgemeine Sonntagsarbeit (Änderung des eidgenössischen Arbeitsgesetzes) zu unterstützen.

Begründung:

Das eidgenössische Parlament hat in der Herbstsession einer Änderung des Arbeitsgesetzes zugestimmt, welche de facto die allgemeine Sonntagsarbeit einführt. Mit der Änderung des Arbeitsgesetzes sollen die grösseren Bahnhöfe in generelle Einkaufs- und Dienstleistungszentren mit Sonntagsöffnung umfunktioniert werden. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Die SP Schweiz unterstützt dieses Referendum primär aus folgenden vier Gründen:

1. Dambruch zur allgemeinen Sonntagsarbeit

Die Umwandlung der grösseren Bahnhöfe in Einkaufs- und Dienstleistungszentren ist der Dambruch zur allgemeinen Sonntagsarbeit. Wird den Bahnhöfen eine Sonderregelung bei der Sonntagsarbeit zugestanden, dann werden alle anderen Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe früher oder später eine Gleichbehandlung verlangen, was den Sonntag endgültig zu einem Werktag machen wird.

2. Keine Verbesserung des ArbeitnehmerInnenschutzes

Das Parlament ist beim ArbeitnehmerInnenschutz keinen einzigen Schritt entgegen gekommen. Obwohl Sonntagsarbeit schon heute verboten ist, gibt es immer mehr Ausnahmen. Meist arbeiten die ArbeitnehmerInnen am Sonntag zu sehr tiefen Löhnen. Trotzdem hat das Parlament einen Lohnzuschlag für Sonntagsarbeit oder die Unterstellung unter einen Gesamtarbeitsvertrag abgelehnt.

3. Lebensmittel ja – Autos nein

Wer am Sonntag dringend etwas einkaufen muss, hat heute viele Möglichkeiten. Bäckereien, Lebensmittelläden, Kioske oder Apotheken können am Sonntag öffnen. Dies wollen wir nicht in Frage zu stellen. Aber es ist nicht notwendig, dass die Bahnhöfe in Einkaufszentren umfunktioniert werden, in welchen es auch am Sonntag möglich ist, Möbel, Kühlschränke oder Autos zu kaufen.

4. Widerspruch zum Volkswillen

Die Einführung der Sonntagsarbeit widerspricht dem Volkswillen: Die Bevölkerung hat 1996 die Revision des eidgenössischen Arbeitsgesetzes abgelehnt, da die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger keine Ausdehnung der Sonntagsarbeit wünschten. Und in 13 von 19 kantonalen Abstimmungen hat sich die Bevölkerung seither gegen die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten entschieden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: Der Parteitag stimmt der Resolution zu.

R-4 Resolution zur Hanfinitiative

Die SP Schweiz unterstützt die Volksinitiative „für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz“

Sofort nach dem Nichteintretensentscheid des Nationalrats zur Betäubungsmittel Gesetzes (BetmG) Revision hat das Komitee Pro Jugendschutz gegen Drogenkriminalität eine Volksinitiative zur Entkriminalisierung des Hanfs lanciert. Das Initiativkomitee besteht aus Stände- und Nationalrätinnen aus allen Parteien, so auch diversen SP-Parlamentarier/innen. Hinzu kommen Fachleute aus Medizin, Wirtschaft und Vollzug. Sie sind alle der Meinung, dass die Kriminalisierung von über einer halben Million Cannabiskonsument/innen aufhören und ein regulierter Markt ermöglicht werden muss, der bessere Prävention und effektiveren Jugendschutz zulässt. Die dringend notwendige BetmG-Revision zur gesetzlichen Verankerung des 4-Säulen Modells ist an der emotionalen Reduktion auf das Thema Cannabis gescheitert. Mit der Initiative wird auch die Neuaufnahme der BetmG-Revision im Parlament erleichtert, über die Cannabisfrage soll das Schweizer Volk entscheiden.

Die Volksinitiative fordert deshalb:

1. **Die Entkriminalisierung des Konsums, der Vorbereitungshandlungen und des Anbaus zum Eigenbedarf.**
2. **Die Regulierung und Reglementierung des Handel und der Produktion.**
3. **Geeignete Massnahmen des Bundes zum Jugendschutz, d.h. die Festlegung einer Altersgrenze für den Bezug von psychoaktiven Cannabisprodukten, sowie ein generelles Werbeverbot für die Substanz und dem damit verbundenen Umgang.**

Seit der Lancierung der Volksinitiative am 20. Juli wurden bereits 80'000 Unterschriften gesammelt.

Die SP Bundeshaus-Fraktion fordert die Delegierten des Parteitags vom 23/24. Oktober auf, der Initiative „für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz“ ihre Unterstützung auszusprechen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: Der Parteitag stimmt der Resolution zu.

JUSO Schweiz

R-5 Resolution zur Finanzierung der Bildung

"Der Fortschritt einer Gesellschaft misst sich am Zustand ihres Bildungssystems", J. F. Kennedy, 1960. Im schweizerischen Bildungssystem findet gegenwärtig ein Strukturwandel statt. Trotz der Reformen sind die Studienbedingungen je nach Kanton sehr unterschiedlich. Der Markt stellt selbst den Betrieb und die Strukturen der bestehenden Bildungseinrichtungen in Frage (Lehrstellen gegen Bezahlung, Umsetzung der Erklärung von Bologna an den Hochschulen).

Bildung ist wichtig: Sie sichert die Grundlagen der Demokratie. Je höher der Bildungsstand, desto tiefer die Arbeitslosenquote und desto tiefer die Kriminalität. Bildung ermöglicht den sozialen Aufstieg. Daher ist die SP Schweiz überzeugt, dass unbedingt alle unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund und ihrer finanziellen Situation die Möglichkeit erhalten müssen, sich entsprechend ihren Fähigkeiten auszubilden. Die heutige Wirklichkeit sieht leider völlig

anders aus: Beispielsweise stammen nur 43,9% der Studierenden nicht aus Akademikerkreisen.

In der letzten Zeit sah sich die Bildung neuen Angriffen ausgesetzt: Einrichtungen wurden zusammengelegt, die Klassengrößen übermässig erhöht und Mittel gestrichen. Die Wirtschaftslobby möchte die Studiengebühren massiv erhöhen und die unzureichenden Demokratisierungsbestrebungen völlig zum Stillstand bringen. Avenir Suisse, ein Ableger von Economiesuisse, schlägt vor, Stipendien durch Darlehen zu ersetzen. Derartige Rezepte wurden in anderen Ländern bereits ausprobiert, was bei den Studierenden zu einer enormen Erhöhung der Verschuldung geführt hat, die sie auf Grund ihrer niedrigen Löhne kaum mehr abbauen können. Wir dürfen heute bei der Bildung nicht sparen. Ganz im Gegenteil, aus sozialen Gründen und im Hinblick auf die Erhaltung der Demokratie ist es notwendig, für die Bildung als öffentliches Gut einzutreten, ihr gleichzeitig jedoch auch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Nur so kann die Chancengleichheit in der Bildung gewährleistet werden.

Folglich:

1. Bildung muss ein öffentliches Gut bleiben und unentgeltlich sein. Der Chancengleichheit in der Bildung kommt landesweit Priorität zu.
2. Die Studiengebühren und Schulgelder müssen auf allen Stufen aufgehoben werden.
3. Um die Ausbildungskosten zu übernehmen, müssen Bund und Kantone ein einheitliches Stipendensystem einführen, das den tatsächlichen Bedürfnissen der Studierenden entspricht. Die Stipendien müssen die Kosten im Zusammenhang mit dem Studium sowie alle Grundbedürfnisse decken.
4. Der Bund muss verhindern, dass die Kantone Studiendarlehen einführen.
5. Die SP lehnt Bildungsgutscheine ab.
6. Was die Hochschulen anbelangt, muss das Einkommen der Assistentinnen und Assistenten erhöht werden, um angemessene Lebensbedingungen zu gewährleisten.
7. Der Bund und die Kantone müssen dafür sorgen, dass bei der Vergabe der Lehrstellen keine finanziellen Abgeltungen verlangt werden und dass die Lehrlinge und Lehrtöchter angemessen entlohnt werden.
8. Personen mit eingeschränkten Ausbildungsmöglichkeiten müssen finanzielle Mittel gewährt werden: Eltern, Personen, die sich umschulen lassen, Personen, die einen Kranken betreuen, Studierende, die parallel zum Studium einen Beruf ausüben, Personen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss: Annahme der Resolution mit folgender Präzisierung in Punkt 4: Die SP bekämpft die Ersetzung von Stipendien durch Darlehen. Bestehende Darlehen sollen durch Stipendien ersetzt werden.

Resolution der SP Tessin (wurde am Parteitag verteilt)

Einbürgerung: Wir sagen „Basta!“ zu der nationalistischen und populistischen Rechten und beginnen bei Kantonen und Gemeinden.

Eine undemokratische Wahlkampagne

Das Resultat der Abstimmung vom 26. September 2004 für die erleichterte Einbürgerung ist ein Sieg für die nationalistische und populistische Rechte (SVP, Lega dei Ticinesi, CVP). Diese Parteien haben die Abstimmung mit Argumenten gewonnen, die nichts mit der vorgeschlagenen Vorlage zu tun hatte und haben bei den Bürger/innen nur Angst geschürt. Die Abstimmungskampagnen der Rechten war eines demokratischen Landes unwürdig und hat alle Ausländer der Schweiz diskriminiert und verletzt.

Analyse der Linke

Dieses Resultat war nur möglich, weil sich die grossen Schweiz. Bürgerlichen Parteien nicht oder nur wenig für die erleichterte Einbürgerung eingesetzt haben. Wir müssen an dieser Stelle auch Selbstkritik üben: Auch die Linke hat sich nicht richtig in den Wahlkampf begeben und genau das ersehen wir, wenn wir an die starken Wahlkampagnen der Avanti, der 11. AHV Revision, dem Finanzplan und der Mutterschaftsversicherung denken. Die Kampagne der Rechten wurde total unterschätzt. Unsere positive Welle seit dem 10. Dezember 2003 hat mit dieser schlechten Abstimmung einen Stop erlitten.

Soziale Sicherheit

Das Resultat des 26. September 2004 hat unsere Ausländer/innen schockiert und die ganze soziale Sicherheit in der Schweiz in Frage gestellt. Das Vertrauen zwischen Schweizern/innen und Ausländer/innen ist seither gestört.

Die Rechte wird es wieder versuchen

Auf Bundesebene wird die Frage um die erleichterte Einbürgerung sicher für ca. 10 Jahre nicht mehr auf's Parket kommen. Dies wird aber die Nationalisten und Populisten nicht daran hindern, dieses Argument auch unter einer anderen Form wieder zu besetzen, zum Beispiel mit einer Initiative gegen die doppelte Nationalität. Wir dürfen uns nichts vormachen, diese Parteien wissen genau mit welchen Argumenten sie die verängstigten Bürger/innen auf Ihre Seite ziehen können.

Angriff der Linken

Die SP darf nicht auf den nächsten Angriff der Rechten warten. Genau dies bringt uns immer wieder in die Defensive. Wir müssen jetzt sofort etwas unternehmen! Wir müssen ein Programm aufbauen und die Einbürgerung wieder vorschlagen, indem wir die Basis sensibilisieren für das Zusammenleben und die Integration mit unseren Ausländer/innen.

Gerade wegen diesen Beweggründen verlangt die Sektion Tessin:

1. Alle Kantonalen und lokalen Sektionen sollen in kürze Initiativen lancieren, um eine erleichterte Einbürgerung zu fördern.
2. Alle Kantonalen und Lokalen Sektionen werden angehalten, die Mitbürger Ihrer Umgebung zu sensibilisieren indem sie über die wichtige Rolle unserer Ausländer/innen aufklären. Im gleichen Zuge sollte die Integration nicht wegfallen.
3. Die SPS wird diese Initiativen aktiv untertützen. Sie SPS wird vermehrt mit anderen Parteien Ueberzeugungsarbeit leisten, damit eine starke Wand gegen die nationalischen und populistischen Angriffe abgewehrt werden können.
4. Die SPS wird gebeten, die Fragen der Integration und Einbürgerungen an einer der nächsten Delegiertenversammlungen als politisches Thema zu behandeln.

Beschluss: Annahme der Resolution mit folgenden Präzisierungen in Abschnitt 1 wird das Wort Parolenfassung ersetzt durch Abstimmungskampagne; in Punkt 4 wird der letzte Satz-hälfte wie folgt korrigiert: an einer der nächsten Delegiertenversammlungen als...

JUSO Schweiz

R-6 Politik des internationalen Währungsfonds und der Weltbank

Eines der schwersten Probleme im Zusammenhang mit der neoliberalen Globalisierung ist die Rolle der Politik des internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Einer der Hauptaufgaben dieser 1944 in Bretton Woods begründeten Institutionen ist es, unter bestimmten Bedingungen Kredite an Staaten zu vergeben, die entweder unter starken wirtschaftlichen Problemen leiden, oder einfach ganz generell Geld benötigen.

Für die Vergabe von Krediten verlangen beide Organisationen von Regierungen die Erfüllung gewisser Reformen in ihren Ländern. Seit den 80-er Jahren haben diese von oben verordneten „Reformen“, die sogenannten Strukturanpassungsprogramme („SAP“), stark neoliberalen Charakter; vielen Ländern wird eine budgetäre Austeritätspolitik sowie eine Privatisierung weiter Teile des öffentlichen Sektors verordnet. Nicht nur das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Völker wird so mit Füßen getreten; oft führen die von tiefgläubigen Verehrern der freien Marktwirtschaft verordneten „SAP's“ in manchen Ländern wie z.B. in Argentinien zu einer massiven Verschlechterung der sowieso schon katastrophalen wirtschaftlichen Lage. Tonangebend für die Politik beider Organisationen sind die Länder, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit am meisten einbezahlen müssen.

1. **Die SP setzt sich aktiv im Rahmen der sozialistischen Internationale und der sozialdemokratischen Partei Europas dafür ein, dass eine Reform der Politik und der Strukturen des IWF und der Weltbank zu deren oberster Priorität wird.** Zentraler Inhalt der Politikreform muss eine Abkehr von der marktdogmatischen und neoliberalen Kreditvergabepolitik der beiden Institutionen sein. Stattdessen sollen wenn möglich in Zusammenarbeit mit den kreditbeziehenden Ländern Strukturanpassungsprogramme ausgearbeitet werden; statt zur Zerschlagung ihres öffentlichen Sektors sollen die kreditbeziehenden Länder zum betreiben einer nachhaltigen Beschäftigungspolitik angeregt werden.
Zentraler Inhalt der Strukturreformen muss in stärkeren Mitspracherechten für Länder liegen, die Kredite beziehen.
2. Eine der zentralen aussenpolitischen Prioritäten der SP Schweiz ist es, die Schweiz dazu zu bringen, im IWF und in der Weltbank eine fortschrittlichere Politik zu unterstützen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss: Der Parteitag stimmt der Resolution zu.

R-7 SP Waadt

Nach dem Schock der Abstimmungsergebnisse über die Einbürgerungen vom September müssen bei der Untersuchung der Gründe mehrere Wege verfolgt werden. Im Moment ist es für eine seriöse und gründliche Analyse noch zu früh.

Angesichts der braunen Gefahr, die heute unsere Demokratie bedroht, müssen wir aber die Ausländerfeindlichkeit dringend bekämpfen. So hat in den Regionen, in denen die Mehrheit der integrierten Ausländer gezeigt und die Banalisierung der impliziten oder expliziten ausländerfeindlichen Töne nicht geduldet wird, die Ausländerfeindlichkeit seit 1994 nicht zugenommen. Dies beweist, dass die Zunahme der Angst und schliesslich des Hasses gegen das Fremde nicht unvermeidlich sind, sondern ein Phänomen, das von gewissen Kreisen geschürt wird und das eingedämmt werden kann.

Die Zeit ist gekommen, in der ganzen Schweiz entschlossen zu reagieren. Die Entwicklung, die zum Resultat vom 26. September 2004 geführt hat, darf nicht länger toleriert werden, untergräbt sie doch die Grundfeste unserer Demokratie, das heisst den Respekt und die Würde jeder und jedes Einzelnen, Schweizerin oder Ausländer. Die Geschichte zeigt uns, dass der Hass auf das Fremde zur menschlichen Natur gehört, besonders in schwierigen Zeiten, wie sie die Schweiz im Augenblick durchlebt. Es braucht ein ständiges und entschlossenes Engagement, um diese Gefühle im Zaum zu halten, damit sie nicht in vom Hass geleiteten Regimes enden, wie sie die Geschichte der Menschheit nur zu gut gekannt hat.

Es liegt in der Verantwortung und der Pflicht der Sozialdemokratischen Partei, in diesem Sinn zu wirken - aber nicht nur.

1. **So ruft der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in Brig alle politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sportlichen Kräfte sowie die Medien unseres Landes auf:**
 - **sich der Ausländerfeindlichkeit in der ganzen Schweiz zu widersetzen und die Personen und Bewegungen, welche den Ausländerhass schüren, zu isolieren;**
 - **die Integrationsbemühungen zu verstärken;**
 - **in den Kantonen die kantonalen und kommunalen Einbürgerungsbestimmungen zu vereinfachen und die Ausländerinnen und Ausländer zu ermutigen, davon Gebrauch zu machen.**
2. **Im Frühjahr 2005 bietet sich die Gelegenheit für eine Offensive zum Thema der Migration. Sehr wahrscheinlich wird das Parlament zu diesem Zeitpunkt das Ausländergesetz und die Revision des Asylgesetzes diskutieren. Das ist die Gelegenheit für die SP, sich klar zur Thematik der Untrennbarkeit von Migration und Asylpolitik zu positionieren.**

Deshalb ruft der Parteitag die Geschäftsleitung der SP auf, Anfang 2005 eine Delegiertenversammlung zum Thema Migration, Asyl und Integration der Ausländerinnen und Ausländer zu organisieren und in Absprache mit den kantonalen Sektionen eine nationale Offensive für deren Integration zu lancieren.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Punkt 1: Annahme; Punkt 2: Annahme im Sinne eines nicht verbindlichen Auftrages.

Beschluss: Der Parteitag stimmt der Resolution im Sinne der Stellungnahme der Geschäftsleitung zu.

R-8 SP Orbe (VD):**Unterstützung des Gesuchs der Arabischen Sozialistischen Bewegung um Aufnahme in die Sozialistische Internationale durch die SP Schweiz**

Die Arabische Sozialistische Bewegung des Iraks hat ein Gesuch um Aufnahme in die Sozialistische Internationale eingereicht. Bisher wird das Gesuch von der Fondation Jean Jaurès unterstützt, einem Klub, der der sozialdemokratischen Partei Frankreichs bekannt ist. Unseres Erachtens sind die derzeitigen katastrophalen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Krieg und der Besetzung des Iraks einzig auf niedrige materielle Beweggründe, auf eine bessere Ausbeutung des grössten Reichtums des Iraks – seines Öls – und auf die konservative Politik des amerikanischen Präsidenten George Bush und seines britischen Vasallen Tony Blair zurückzuführen. Dank ihrer Verankerung in der internationalen Gemeinschaft muss die Sozialistische Internationale die treibende Kraft für die Unterstützung unserer Genossinnen und Genossen im Irak sein.

Um handlungsfähig zu sein, müssen wir unsere Genossinnen und Genossen, die sich im Irak für soziale Gerechtigkeit und Demokratie einsetzen, nach Kräften unterstützen. Wir müssen uns mit ihren Aktionen solidarisch zeigen, indem wir ihr Gesuch um Aufnahme in die Sozialistische Internationale unterstützen. In der Folge werden die Mitglieder der Sozialistischen Internationale eine stärker politisch ausgerichtete Unterstützung in den wichtigen Institutionen wie UNO, IAO und HCR und in allen Ländern weltweit leisten können.

Der Parteitag der SP Schweiz stimmt dem Antrag zu, das Gesuch der Arabischen Sozialistischen Bewegung des Iraks um Aufnahme in die Sozialistische Internationale zu unterstützen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Zur Prüfung entgegennehmen

Beschluss: Im Sinne der Stellungnahme der Geschäftsleitung zur Prüfung entgegengenommen.

Schluss des Parteitages

Sonntag, 24. Oktober 2004: 16.00 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Straubhaar